Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 53.

№ 40. Montag, 17. Februar 1930, abends. 83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zerstörung des nächsten Etats?

qu. Unser Berliner Vertreter hatte Gelegenheit, mit führenden Volksparteilern und mit einem verantwortlichen Mitgliede der Regierung über den bisherigen Stand der Verhandlungen zu sprechen. Dabei ergab sich, daß die Verhandlungen einen Verlauf nehmen können, der als sehr bedenklich erscheinen muß. Es besteht in den Parteien die Absicht, eine Verständigung auf alle Fälle zustande zu bringen und wieder dem alten, im vorigen Jahre geübten Rezept zu folgen und diesjährige Verbindlichkeiten auf das nächste Jahr zu verschieben. So werden beträchtliche Umbuchungen im Etat vorgenommen, die erst im nächsten Jahre auf der Passivseite erscheinen. Die Zuschüsse für die Reichsarbeitslosenversicherung werden im Etat nicht mehr erscheinen. An sich handelt es sich aber bei der Hergabe der Reichsbahnobligationen auch nur um eine reine Formsache, denn, wir wir hören, sollen der Reichsversicherung die notwendigen Gelder bereits zur Verfügung gestellt worden sein. Jetzt handelt es sich nur darum, einen buchmäßigen Ausgleich zu finden. Die Befürchtungen, die beabsichtigten Zuschüsse von 250 Millionen könnten nicht hinreichen, haben bekanntlich die Frage aufkommen lassen, nebenbei noch eine vorübergehende Erhöhung der Versicherungsbeiträge zu bewilligen. Diese auch in Berliner Zeitungen vertretene Auffassung aber deckt sich nicht mit der besonders in der Volkspartei vertretenen Absicht, einen völlig neuen Weg zur Sanierung der Reichsversicherung zu gehen. Wie wir hören, soll die Absicht bestehen, der Reichsversicherung zu überlassen, die Beiträge entsprechend den Ausgaben selbständig zu erhöhen. Nur die Bedingung soll an die Verleihung der Autonomität verknüpft sein, daß mindestens zwei Drittel des Kuratoriums den Beschluß zur Erhöhung der Beiträge fassen müssen. Die Beiträge sollen wechselnd sein, also von Zeit zu Zeit herauf- und wieder herabgesetzt werden können.

Die anderen Parteien haben sich zu diesem volksparteilichen Vorschlag noch nicht geäußert. Wie wir erfahren, soll er aber als diskutabel angesehen werden. Damit könnte die schwierigste Frage einer endgültigen Lösung zugeführt werden.

Was die Deckung der jetzt noch offenen Fehlbeträge anlangt, so glaubt man mit der einfachen Erhöhung der Biersteuer auszukommen, will eventuell noch die Zollerhöhung für Kaffee und Tee hinzunehmen, aber es hängt davon ab, ob der Finanzminister außer den konzedierten 30 Millionen noch weitere Ersparnisse durchsetzen kann. Sollte das nicht gelingen, so wird man schließlich sich auch zur Erhöhung der Umsatzsteuer entschließen.

Demnach deutet alles, was jetzt angestrebt wird, darauf hin, den Etat notdürftig zu flicken, Verschiebungen vorzunehmen und damit eine Belastung des nächsten Etats eintreten zu lassen, auf den man bisher die größten Hoffnungen setzte. Die Folge dieser Vertagungen muß sein, daß die Minderausgaben, die bisher stets als gutes Zeichen des kommenden Jahres angeführt werden, vorweg zu benutzen. Die Folge muß aber sein, daß man nicht daran denken kann, schon im nächsten Jahre eine Finanzreform durchzuführen. Angesichts dieser Aussichten ist die Stimmung in den beteiligten Parteien nicht sonderlich gut und selbst in den Parteien erheben sich Widersprüche gegen eine derartige Etatsfinanzierung. Der Finanzminister, der eine Zeitlang die Führung hatte, scheint sich jetzt ebenfalls von den Parteien treiben zu lassen.

Frankreich und die Zollfriedenskonferenz.

Paris. Die Zollfriedenskonferenz des Völkerbundes, die heute Montag zusammentritt, hat in Frankreich, wie alle großen Ereignisse, ihre Schatten vorausgeworfen. Unzählige Wirtschaftsverbände haben in Resolutionen versucht, die französische Regierung, die durch Verpflichtungen Loucheurs und Briands gewissermaßen gebunden war, in ihrem Eifer zu dämpfen. Sie fordern, daß ihre Sonderinteressen über die allgemeinen Interessen gestellt werden. Es zeigt sich hier eine merkwürdige Aehnlichkeit mit den Verhältnissen gelegentlich der Weltwirtschaftskonferenz in Genf vom Juni 1927. Damals war auch das offizielle Frankreich einer der eifrigsten Förderer des Gedankens einer weltwirtschaftlichen Abrüstungskonferenz, während gleichzeitig in der französischen Kammer ein gewaltiger Hochschutzzolltarif zur Abstimmung gelangen sollte. Die Franzosen haben sich aus diesem Widerspruch dadurch herauszuwinden gewußt, daß sie den Zolltarif vertagten und erst später durch das Parlament verabschieden ließen. Heute wird erklärt, Frankreich sei selbstverständlich bereit, alles zu tun, was zur Förderung der europäischen Wohlfahrt dienen könne, aber man müsse doch darauf aufmerksam machen, daß der gegenwärtige französische Zolltarif noch keineswegs den augenblicklichen Bedürfnissen entspreche. Dieser sei außerdem in sich zusammenhanglos und müsse erst umgearbeitet werden. Nach französischer Ansicht ließe sich auf dem Gebiete der Steigerung der Zollmomenklatur und der Festigung der internationalen Wirtschaftsinteressen schon das erforderliche erreichen. In dem Augenblick, in dem der französische Außenminister das auf der Völkerbundversammlung geforderte Memorandum über die Vereinigten Staaten von Europa ausarbeiten, dürften die französischen Delegierten auf der kommenden Konferenz es sich wohl noch überlegen, ob sie nicht ihrerseits unter Ausschaltung gewisser an sich begreiflicher nationaler Interessen ein Opfer für die Gesamtheit zu bringen gewillt seien. Aus alledem ergibt sich jedenfalls, daß das Schicksal der Zollkonferenz in jeder Weise durch die Haltung Frankreichs mit bestimmt werden dürfte.

Ein neuer Weg zur Lösung der Regierungskrise?

)(Dresden. In einem „Das Ei des Columbus" überschriebenen Artikel in ihrer Sonntagsausgabe vom 16. Februar versuchen die „Dresdner Nachrichten", einen Weg zur Lösung der gegenwärtigen Regierungskrise aufzuzeigen, in die nach ihrer Ansicht (und wohl nicht mit Unrecht) die an der Entstehung der Krise beteiligten Parteien „hineingeschlidert" sind. Das Blatt nimmt den Sturz des Kabinetts Bünger am nächsten Dienstag als sicher an, meint aber, daß die Große Koalition und Neuwahlen im Sinne der bürgerlichen Politik schlechter seien als das Regierungssystem, das nun 8 Monate lang Sachsens Schicksal gemeistert habe und sieht die Lösung in einer Neubildung des alten Kabinetts auf der gleichen Grundlage mit der personellen Veränderung, die sich aus dem Anlaß und aus dem Verlauf der Krise zwangsläufig ergebe, d. h. also, **Dr. Bünger solle als Ministerpräsident verschwinden. Dabei stünde dem aber nichts im Wege, daß er das Volksbildungsministerium weiter behalte. An die Spitze des Kabinetts aber solle ein hoher (etwa der Deutschen Volkspartei nahestehender) Beamter treten, wodurch der Beamtencharakter des Kabinetts im Sinne der nationalsozialistischen Forderungen noch verstärkt werde.**

Es ist als sicher anzunehmen, daß die **Deutschnationalen** und die **Nationalsozialisten** diesem Plane sympathisch gegenüberstehen, und auch die **Wirtschaftspartei** würde sicherlich **keine Schwierigkeiten machen.** Schwieriger wird es schon sein, sich die Beteiligung der **Deutschen Volkspartei** an einer derartigen Lösung zu sichern, die zum mindesten einen Prestigeverlust mit in Kauf nehmen müßte. Allerdings wird sicherlich auch eine etwa vorhandene Geneigtheit zur Großen Koalition bei dieser Partei nicht wachsen, wenn am nächsten Dienstag die Sozialdemokraten die Regierung Bünger über den Youngplan stürzen lassen werden. Daß die Haltung der sächsischen Sozialdemokraten in dieser Frage von ihren Parteigenossen im Reiche und auch in Sachsen nicht überall gebilligt wird, geht daraus hervor, daß das „Hamburger Echo" die Haltung ihrer Parteifreunde in dieser Frage ziemlich scharf kritisiert und daß die „Meißner Volkszeitung" diese Kritik nachdruckt. Auch die „Plauener Volkszeitung" brachte bekanntlich vor einigen Tagen noch einen Artikel, daß die Sozialdemokraten dem kommunistischen Mißtrauensantrag nicht zustimmen würden.

Noch schwieriger als bei der Deutschen Volkspartei wird es sicherlich sein, sich die **Zustimmung der Demokraten für die neue Koalition auf der alten Grundlage zu sichern.** Diese wird wohl nur zu erhalten sein, nachdem sich herausgestellt hat, daß vorläufig die Große Koalition nicht zu bekommen ist. Es bleiben dann noch die drei Aufwertler, und hier wird sicherlich wieder gekuhhandelt werden müssen, denn diese werden ihre Zustimmung zu dem neuen Kabinett wahrscheinlich wieder an die Zuteilung eines Ministerpostens binden wollen, den man ihnen aber bei der Schwäche ihrer Partei und ihren geringen Zukunftsaussichten wohl kaum wird geben wollen.

Bei einer Neuwahl des Ministerpräsidenten nach dem Sturze Dr. Büngers am nächsten Dienstag muß die Mehrzahl der anwesenden Abgeordneten ihre Stimme auf einen Kandidaten vereinigen. Daß dies im ersten Wahlgang, etwa am nächsten Donnerstag, den 20. oder Dienstag, den 25. ds. Mts. geschehen wird, ist kaum anzunehmen. Es wird überhaupt außerordentlich schwer werden, die erforderlichen Stimmen zusammenzubringen, zumal kaum anzunehmen ist, daß die Kommunisten wieder als „Steigbügelhalter" auftreten und weiße Stimmzettel abgeben werden.

Wenn der oben aufgezeigte Weg Erfolg haben soll, so nur dann, wenn ein Mann als Kandidat für den Ministerpräsidentenposten präsentiert wird, dem von den Nationalsozialisten bis zu den Demokraten alle Parteien zustimmen können, der also bei allen diesen Parteien durch seine Sachlichkeit und durch sein persönliches Ansehen derartige Sympathien genießt, daß dadurch alle etwa vorhandenen Bedenken zerstreut werden könnten.

Zur Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung.

)(Dresden. Auf einer am Sonnabend in Dresden unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Dr. Rademacher abgehaltenen Tagung der deutschnationalen Industriellen hielt der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Abg. Dr. Oberfohren, einen Vortrag über Steuerfragen. Der Redner beschäftigte sich jedoch zunächst mit der Sezessionsbewegung in der Deutschnationalen Volkspartei und bezeichnete die Krise heute als überwunden. Dann nahm Dr. Oberfohren zur Frage einer Beteiligung der Deutschnationalen an einer zukünftigen Regierung Stellung und erklärte, daß die hier und da zum Ausdruck gekommene Auffassung, die Deutschnationale Volkspartei wolle sich unter der Führung Hugenbergs unter allen Umständen jeder Regierungsbeteiligung enthalten, irrig sei. Wenn beispielsweise jetzt noch eine Regierung gebildet werden könne mit dem Ziel der Ablehnung des Youngplanes, dann würden sich die Deutschnationalen sofort zur Verfügung stellen. Sie müßten es allerdings ablehnen, nach einer Annahme des Youngplanes sich voraussetzungslos in ein dann etwa zu bildendes Regierungssystem der Mitte eingliedern zu lassen nur zu dem Zwecke, Exekutoren des Youngplanes zu sein. Eine zukünftige Regierungsbeteiligung komme allerdings nur dann in Frage, wenn für die Deutschnationalen die Führung und maßgeblicher Einfluß sichergestellt wären.

Kommunistische Ausschreitungen in Berlin.

Berlin. Ueber kommunistische Ausschreitungen, die sich Sonnabend abend in Berlin abspielten, wird uns im einzelnen berichtet: Ein Trupp von etwa 100—150 Kommunisten, die sich offenbar vorher einzeln in der Nähe des Gebäudes, in dem der sozialdemokratische „Vorwärts" seinen Sitz hat, angesammelt und in den Hausfluren benachbarter Häuser versteckt hatten, strömten plötzlich auf einen verabredeten Ruf zusammen, und ehe die Vorübergehenden noch ahnen, um was es sich handele, wurden die beiden großen Schaufenster der Expedition des Blattes zertrümmert. Ebenso schnell, wie die Täter gekommen waren, stoben sie nach ihrer „Heldentat" nach allen Seiten auseinander. Bevor das Ueberfallkommando alarmiert werden konnte und zur Stelle war, waren sie längst nach allen Richtungen hin geflüchtet. Aus dem Publikum fand sich niemand, der etwa die Verfolgung der Täter aufgenommen hätte.

Einige Zeit später, um 9 Uhr abends, kam es auch am Kurfürstendamm zu Demonstrationen jugendlicher Elemente. In größeren oder kleineren Trupps tauchten sie zwischen der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche und der Uhlandstraße an verschiedenen Stellen auf und versuchten, einen größeren Zug zu bilden. Die Polizei war aber schnell zur Stelle und trieb die Demonstranten mit dem Gummiknüppel auseinander. Dabei wurden insgesamt acht Burschen festgenommen und in das Polizeipräsidium gebracht. Zwei von ihnen hatten Hiebwaffen bei sich. Nach ihrem eigenen Geständnis gehören sie sämtlich der Antifaschistischen Jungen Garde an. Alles deutet daraufhin, daß die Ruhestörungen planmäßig vorbereitet waren. Eine Anzahl der verhafteten Demonstranten wird sich wegen Verletzung des Bannkreises, wegen Landfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten haben.

Die Leiche des Geheimrats Becker gefunden.

)(Berlin. Der Geheime Hofrat und Konsul Georg Becker aus Fi[illegible] länger Zeit vermißt wurde, ist Sonnabend nachmittag in der Nähe des Wannsees als Leiche aus der Havel geborgen worden.

Hugenberg und Oberfohren beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspruch.) Der Reichspräsident empfing heute mittag den Vorsitzenden der Deutschnationalen Partei, Geheimrat Hugenberg und den Führer der Deutschnationalen Reichstagsfraktion Dr. Oberfohren. Die Herren hatten bekanntlich die Absicht, den Reichspräsidenten persönlich über die deutschnationale Auffassung zum Youngplan und zum Polenabkommen zu unterrichten. Staatssekretär Meißner wohnte der Unterredung bei. Von unterrichteter Seite verlautet, daß der Reichspräsident Ende voriger Woche bereits den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz und den Führer der Reichstagsfraktion des Zentrums Dr. Brüning empfangen hat.

Berlin. (Funkspruch.) Ueber den Besuch von Geheimrat Hugenberg und Dr. Oberfohren beim Reichspräsidenten wird mitgeteilt, daß die beiden Herren ihre Auffassung über die mit dem Youngplan zusammenhängenden Probleme vortrugen und insbesondere ihre Bedenken hinsichtlich des deutsch-polnischen Liquidationsabkommen, der Sanktionsfrage und der Nichterledigung der Saarfrage sowie der Untragbarkeit der dem deutschen Volke aus dem Youngplan erwachsenden Lasten darlegten.

Der Reichspräsident hat, wie es in der Mitteilung weiter heißt, diese Ausführungen mit Aufmerksamkeit entgegengenommen und erklärt, seine persönlichen Entschließungen bis nach Beendigung der Beratungen und der Beschlußfassung des Reichstages vorbehalten zu müssen.

Das preußische Wahlgesetz verfassungsmäßig.

Leipzig. (Funkspruch.) In der Verfassungsstreitsache des völkisch-nationalen Blocks und der Volksrechtpartei gegen das Land Preußen auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Bestimmungen des preußischen Landeswahlgesetzes wurde heute mittag vom Staatsgerichtshof für das deutsche Reich die Entscheidung verkündet. Sie ging dahin, daß die Klageanträge zurückgewiesen und damit die Verfassungsmäßigkeit des preußischen Wahlgesetzes anerkannt worden.